

Wohin führt dieser Weg?

Gedanken zur Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» von Jörg Stocker, Kommandant Kantonspolizei Luzern

Ich gestatte mir im folgenden, aus der Sicht eines vor allem mit der Repression Beauftragten, einige Gedanken zu machen.

Die Initianten der Initiative Jugend ohne Drogen verlangen erstens die Prävention und zweitens die Repression. Zudem wird verlangt, dass lediglich Therapien, die auf absolute Abstinenz ausgerichtet sind, zugelassen werden sollten. Letztlich würde die Annahme dieser Volksinitiative bedeuten, dass sämtliche Massnahmen, die auf Schadensminderung ausgerichtet sind, nicht mehr durchgeführt werden dürften. Darunter würden sämtliche Projekte fallen, bei denen beschränkt und kontrolliert Drogen oder Ersatzstoffe abgegeben werden.

Die bundesrätliche Drogenpolitik hingegen setzt auf das sogenannte Viersäulenmodell. Es sind dies die Prävention, die Therapie, die Schadensbegrenzung und Ueberlebenshilfe sowie die Repression. Bereits heute haben sich die Kantone, Städte und Gemeinden im Rahmen dieses Viersäulenmodells betätigt und die Bemühungen im Drogenbereich koordiniert. In der Zielrichtung, nämlich die Eindämmung des Drogenkonsums und das suchtfreie Leben, decken sich sowohl die Initiative wie offizielle Drogenpolitik des Bundesrates. Auch ohne die Initiative Jugend ohne Drogen wird die repressive Tätigkeit beim Bund, im Kanton und in den Gemeinden mit vorwiegend polizeilichen Anstrengungen ständig intensiviert. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten bezüglich der Bekämpfung des Drogenhandels wurden in den vergangenen 25 Jahren zusehends verstärkt. Trotz all dieser Bemühungen aber gelang es nicht, den illegalen Drogenhandel und Drogenkonsum vollständig in den Griff zu bekommen. Allerdings sind seit den 90er-Jahren Tendenzen vorhanden, die eine vorläufig positive Prognose zulassen. Die Initiative aber würde bewirken, dass die polizeilichen repressiven Massnahmen noch mehr ausgebaut werden müssten. Obwohl ich ein starker Verfechter einer massvollen Repression bin, die vor allem durch die Polizei sowohl gegen Konsumenten wie auch gegen Dealer durchgesetzt werden muss, halte ich die Zielsetzungen der Initiative in diesem Bereich für illusionär. Die Meinung, im Rahmen eines härteren Regimes gegen die Drogenabhängigen würden logischerweise auch die Aktivitäten der Drogendealer abnehmen, kann ich nicht teilen. An den USA können wir sehen, dass eine noch so starke Drogenpolizei nicht in der Lage ist, Drogenhandel und Konsum in den Griff zu bekommen. Immer wieder gelingt es auch in den Vereinigten Staaten, die Nachfrage nach illegalen Drogen zu befriedigen. Denn die Drogenhändler sind geschickt genug, um immer neue Handelswege und Vertriebswege für illegale Drogen zu öffnen.

In diesem Zusammenhang darf jedoch erwähnt werden, dass von den rund 24'000 Verurteilten wegen Drogen delikten, 81% lediglich wegen Drogenkonsums erfolgen. Politiker und Fachleute diskutieren über Sinn oder Unsinn einer Bestrafung des reinen Konsums. Als Praktiker der repressiven Seite der Drogenpolitik warne ich aber davor, den Drogenkonsum zu verniedlichen. Es ist für mich eine allgemeine Tatsache, dass Verbote auch abschrecken können und so gerade labile Menschen vor strafrechtlichem Verhal-



Passanten auf dem Kornmarkt in Luzern.

Foto Karl Gähwiler

ten bewahren. Dies gilt meines Erachtens auch für die Repression im Rahmen der Drogenpolitik. Ein Wunsch nach einer drogenfreien Gesellschaft kann sicherlich nicht dadurch erreicht werden, wenn der Konsum von illegalen Drogen straffrei erklärt wird. Dazu kommt noch, dass ohne repressive Tätigkeiten gegen die Drogenkonsumenten auch keine repressive Tätigkeit gegen die Dealer möglich sein wird. Die bundesrätliche Drogenpolitik, wie sie heute praktiziert wird, hat aus folgenden Gründen gegenüber der Initiative Jugend ohne Drogen sehr viele Vorteile:

1. Zentrales Anliegen der bundesrätlichen Drogenpolitik ist die Suchtprävention. Die Suchtprävention hat sich im Verlaufe der 80er-Jahre bis hin in die 90er-Jahre langsam etabliert und wurde laufend der Zeit angepasst. Bereits in den Schulen wird diese Prävention betrieben, in dem die Kinder lernen, was Sucht und Abhängigkeit bedeuten, wobei sich diese Prävention nicht ausschliesslich auf die illegalen Drogen beschränkt.

2. Die bundesrätliche Drogenpolitik geht im Bereich der Therapie und Wiedereingliederung auf die ganz differenzierten Behandlungsmöglichkeiten der Drogenabhängigen ein. Ziel dieser Behandlung ist es, schrittweise eine Gesundung herbeizuführen und letztlich die Drogenabhängigen beruflich und sozial zu integrieren. Sowohl für den körperlichen Drogenentzug, wie auch die längerfristige psychische Entwöhnungsphase und die Erreichung einer langfristigen Abstinenz stehen verschiedene Therapieeinrichtungen zur Verfügung. Auch die Modelle der kontrollierten Abgabe zielen letztlich in die gleiche Richtung. Sie ermöglichen nämlich, den Drogenabhängigen von der Gasse wegzubringen und als erstes Ziel den Gesundheitszustand zu normalisieren. Ist diese Behandlung positiv verlaufen, wird oft der zweite Schritt, nämlich die Behandlung, die in die Drogenabstinenz führt, eröffnet.

3. Schadensbegrenzung und Ueberlebenshilfe: Betrachten wir die Verwahrlosung und Hilflosigkeit, in die die Drogenabhängigkeit führen kann, so müssen wir auch die Massnahmen im Bereich der Schadensbegrenzung und Ueberlebenshilfe unterstützen. Letztlich geht es hier um ein Gebot der Menschenwürde, dass dort Hilfe angeboten wird, wo Menschen in Not sind, auch wenn sie durch ein illegales Suchtmittel in diese Not geraten sind. Ebenso haben alle diese Massnahmen zum Ziel, dass die Menschen, welche von Drogen abhängig sind, vor der völligen Verwahrlosung bewahrt werden können.

4. Die Repression: Persönlich vertrete ich die Meinung, dass auch die Repression ihren Platz in der Drogenpolitik behalten muss. Allein schon aus praktischen Überlegungen der Bekämpfung des Drogenhandels dürfen die Konsumenten von der Repression nicht ausgeklammert werden. Eine erfolgreiche Repression im Rahmen der Drogenpolitik ist nur dann möglich, wenn auch der Kontakt zu den Drogenabhängigen durch die repressiv tätigen Behörden stattfindet. Nur über die Abhängigen kann die repressive Behörde auch die Netze der Verteilung, welche durch die

Dealer gelegt werden, erkennen und bekämpfen. Zudem ist die Tatsache, dass viele Abhängige zugleich auch als Kleindealer tätig sind, nicht zu verniedlichen.

Auch wenn die bundesrätliche Drogenpolitik bis heute keine spektakulären Erfolge aufzeigen konnte, bin ich trotzdem der Meinung, dass sie das Drogenproblem differenziert angeht und mit verschiedensten Massnahmen, auch ausgerichtet auf die Verschiedenartigkeit der einzelnen Konsumentinnen und Konsumenten, nachhaltig wirkt. Diese Wirkung kann künftig noch verstärkt werden, falls es noch besser gelingt, die Viersäulenpolitik behördenübergreifend und ausgedehnt auch auf private Institutionen zu koordinieren und damit die Effizienz der einzelnen Aktivitäten zu fördern. Die Drogenpolitik des Bundesrates hat keineswegs versagt. Die Dauer, in der sie betrieben wird, ist aber nach meiner Meinung zu kurz, um überhaupt schon auf grosse Erfolge hoffen zu dürfen. Letztlich werden es die Bemühungen der Prävention sein, die heute vor allem bei Kindern und Jugendlichen getätigt werden, deren Früchte wir aber erst in einigen Jahren ernten werden. Aufgerufen sind deshalb alle, die in der Erziehung als Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter tätig sind, dem Bereich der Prävention und Aufklärung ein Hauptgewicht beizumessen. Nur wenn die Massnahmen der Prävention erfolgreich sind, wird es möglich sein, den Umgang mit Süchten, die letztlich jede Gesellschaft hat, in vernünftige Bahnen lenken zu können.

Anmerkung: Die Ausführungen, die hier gemacht wurden, sind persönliche Ausführungen des Verfassers und müssen deshalb mit der offiziellen Meinung nicht übereinstimmen.

Jörg Stocker, lic. jur.

Utopisch-gefährlich!

Interview zur Initiative «Jugend ohne Drogen» mit den Grossrätinnen Bernadette Schaller-Kurmann und Hansueli Graf.

Ende September kommt die Initiative «Jugend ohne Drogen» vor das schweizerische Volk. Welches ist Ihre persönliche Meinung zu diesem Volksbegehren und was empfehlen Sie den Wählerinnen und Wählern?

Ueli Graf: Ich lehne die Initiative «Jugend ohne Drogen» mit aller Entschiedenheit ab, da diese gefährlich, unmenschlich, kontraproduktiv und zu teuer ist. Den WählerInnen empfehle ich, sich nicht nur darüber klar zu werden, welche katastrophalen Auswirkungen eine Annahme der Initiative hätte, sondern besonders darauf zu achten, wer die Initianten und Initiantinnen dieser Initiative sind. Die Initiative wurde vom VPM, dem Verein für psychologische Menschenkenntnis mit Hauptsitz in Zürich, einer Vereinigung mit sektiererischer Ideologie, lanciert. Der VPM darf gemäss einem Bundesgerichtsurteil als «Psychosekte» bezeichnet werden. Leidenschaftliche Anhänger der Initiative sind die Angehörigen des «Zürcherflügels» der SVP.

Inzwischen haben sich prominente Mitglieder des Initiativkomitees reihenweise von der Initiative distanziert, nachdem sie realisiert hatten, von wem diese stammt und welche Kreise hinter dem schlangenfängerischen Titel «Jugend ohne Drogen» stecken. Die Initianten spielen sich als die wahren Beschützer der Jugend und als die Drogenexperten schlechthin auf, um ihre fundamentalistische Ideologie zu verbreiten.

Die Initiative gibt vor, ein komplexes gesellschaftliches Problem mit einfachen, auf Repression und Totalitarismus beruhenden Mitteln lösen zu können. Der Titel der Initiative ist mit Absicht demagogisch und irreführend; damit wurde die notwendige Zahl der Unterschriften hereingeholt. Wer will schon nicht eine Jugend ohne Drogen? Die Initianten stützen sich absichtlich auf eine utopische Vision der Gesellschaft. Sofortige Abstinenz ist kein realistisches Ziel. Die Initiative steht ausserhalb von jeglichen realistischen Konzepten. Es ist absurd und entbehrte jeglichem gesundem Menschenverstand, eine drogenfreie Gesellschaft vorzutauschen.

Eine Politik, welche alle Massnahmen zur Überlebenshilfe und Risikoverminderung untersagt, ist eine unverantwortliche Politik, nicht nur gegenüber den Drogenabhängigen, sondern auch in Bezug auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Diese Politik ist auch eine «Kriegserklärung» gegen die Drogenabhängigen. Diese Politik beruht zudem auf einem Menschenbild, das ausserhalb meiner demokratischen Auffassung von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität liegt. Eine Gesellschaft, die auf einem liberalen Rechtsstaat beruht, muss auch drogenabhängigen Menschen helfen und darf sie nicht sozial ausschliessen.

Im Falle einer Annahme der Initiative:

- werden die Substitutionsprogramme auf der Basis von Methadon abgeschafft,
- werden die Substitutionsprogramme mit Heroin verboten,
- und es werden die Abgabe steriler Spritzen und von Präservativen, aber auch Einrichtungen wie Gassenzimmer usw. verboten.

Schaller-Kurmann: Der verlockende Titel hat nichts mit dem Inhalt zu tun. Die Initianten versprechen eine heile Welt ohne Drogen, dabei hat es noch nie eine suchtfreie Gesellschaft gegeben. Dies ist eine Utopie. Mehr als eine Million Menschen konsumieren Nikotin, 300'000 sind alkoholkrank und weitere 30'000 sind süchtig nach sogenannt «harten Drogen». Zu den etablierten, legalen Drogen äussert sich die Initiative nicht, obwohl diese insgesamt bedeutendere Schäden verursachen. Mit Zwangsentzug soll das Problem aus der Welt geschafft werden. Erfahrungen zeigen aber, dass ein derartiger Entzug nur sehr geringe Aussicht auf Erfolg hat. Ohne Bereitschaft der suchtkranken Person laufen diese Massnahmen ins Abseits.

Lesen Sie weiter Seite 4

Tränen der Liebe

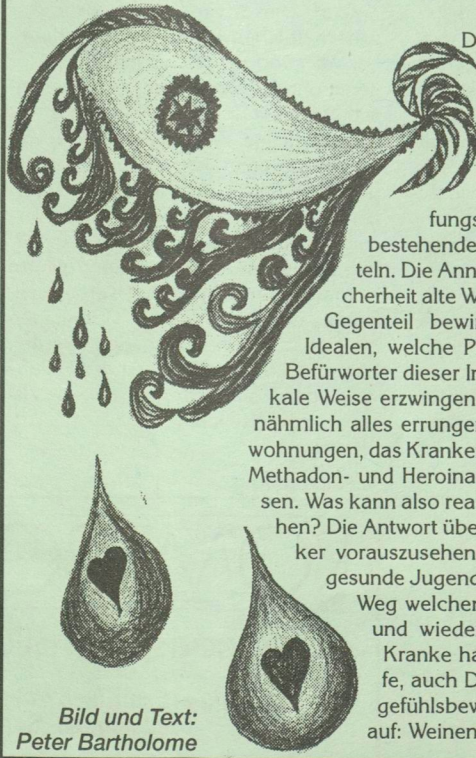


Bild und Text: Peter Bartholome

Der Beweis einer erfolgreichen Drogenpolitik liegt vor uns:

1. Der Strassendeal ist fast vollkommen verschwunden.
2. eine kleine Anzahl Jugendlicher die der Drogenszene neu beitreten.
3. Seltene Verschaffungskriminalität. Warum also an der bestehenden Drogenpolitik mit Utopien rütteln. Die Annahme der Initiative würde mit Sicherheit alte Wunden aufreissen und genau das Gegenteil bewirken von den unrealistischen Idealen, welche Phantasten wie die Urheber und Befürworter dieser Initiative, auf unrealistische, radikale Weise erzwingen wollen. Diese Utopisten wollen nämlich alles erkrugene wie: Gassenchuchi, die Notwohnungen, das Krankenzimmer, das Drop-In mit seinen Methadon- und Heroinabgabeprogramme in Luft auflösen. Was kann also realistisch gesehen dadurch entstehen? Die Antwort überlasse ich jedem gesunden Denker vorzusehen! Natürlich befürworte ich eine gesunde Jugend. Aber warum den erfolgreichen Weg welchen wir gefunden haben aufgeben und wieder in der Wüste landen? Jeder Kranke hat ein Recht auf Überlebenshilfe, auch Drogenkranke. Weil dies ein sehr gefühlsbewegendes Thema ist, rufe ich Sie auf: Weinen Sie mit mir «Tränen der Liebe».